

Sparpolitik nicht auf unserem Rücken: Für Frauen geht es jetzt um alles!

Sieben Forderungen des Deutschen Frauenrats an die Abgeordneten der Regierungsparteien

Einschnitte bei den Rentenansprüchen pflegender Angehöriger, Kürzungen beim Elterngeld oder bei der Unterstützung von Alleinerziehenden: Der Abbau des Sozialstaats trifft Frauen besonders hart. Denn wenn der Staat Leistungen kürzt, verschwindet damit nicht der Bedarf. Kosten, soziale Risiken und zusätzliche Sorgearbeit werden in die Familien verlagert und dort vor allem von Frauen aufgefangen.

Wir fordern die Abgeordneten der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD auf: Verhindern Sie die geplanten Kürzungen, die massiven gleichstellungspolitischen Rückschritt bedeuten, Unsicherheit schaffen und weder Wachstum noch Wohlstand fördern!

1 Keine Kürzungen beim Elterngeld

Die geplante Verkürzung der Bezugsdauer des Elterngeldes von 14 auf 12 Monate verstärkt die finanzielle Belastung vieler Familien. Mehr als die Hälfte der Väter nimmt kein Elterngeld in Anspruch; wo das künftig der Fall ist, bleiben den Müttern nur noch neun Monate Elterngeld – und sie müssen die Zeit bis zum Kita-Eintritt ohne Einkommensersatz überbrücken. Angesichts von rund 300.000 fehlenden Kitaplätzen für Kinder unter drei Jahren, droht Müttern ohnehin eine längere Erwerbsunterbrechung oder unfreiwillige Teilzeit. **Setzen Sie sich in Ihrer Fraktion dafür ein, den vollständigen Bezugszeitraum zu erhalten und das Elterngeld stattdessen partnerschaftlich weiterzuentwickeln!**

2 Rentenansprüche pflegender Angehöriger vollständig erhalten

Die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung für pflegende Angehörige sollen auf 70 % des bisherigen Niveaus abgesenkt werden. Mehr als 80 % der Pflegebedürftigen werden zu Hause von Angehörigen versorgt. Eine Kürzung der Rentenbeiträge reduziert ihre

Absicherung im Alter erheblich. Wer die Rentenansprüche pflegender Angehöriger kürzt, bestraft Menschen, die eine gesellschaftlich notwendige Aufgabe übernehmen – und dies sind zumeist Frauen. **Setzen Sie sich in Ihrer Fraktion für den Erhalt der bisherigen Rentenansprüche pflegender Angehöriger ein!**

3 Nicht bei Alleinerziehenden und ihren Kindern sparen

Rund 85 % der Alleinerziehenden sind Frauen. Die angekündigten Einschnitte beim Unterhaltsvorschuss treffen sie besonders hart. Denn Alleinerziehende und ihre Kinder bilden bereits heute die am stärksten armutsgefährdete Familienform. Geplant ist, den Anspruch auf Unterhaltsvorschuss für Jugendliche ab 16 Jahren zu streichen. Der Unterhaltsvorschuss springt ein, wenn unterhaltspflichtige Elternteile ihren Zahlungen nicht nachkommen. **Setzen Sie sich dafür ein, dass Alleinerziehende und ihre Kinder bis zur Volljährigkeit verlässlich auf den Unterhaltsvorschuss zählen können – und säumige Unterhaltspflichtige, meist Väter, stärker in die Verantwortung genommen werden!**

4 Rentenalter nicht zulasten von Frauen erhöhen

Die gesetzliche Rente ist für Frauen die wichtigste und häufig sogar die einzige eigene Einkommensquelle im Alter. Die Alterssicherungskommission hat unter anderem vorgeschlagen, das Renteneintrittsalter anzuheben. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Empfehlungen der Kommission umsetzen zu wollen. Für Frauen mit körperlich oder psychisch belastenden Berufen sowie langen Phasen unbezahlter Sorgearbeit kann dies zu noch höheren Abschlägen und damit niedrigeren Renten führen. Bereits heute geben zahlreiche Beschäftigte an, ihren aktuellen Beruf nicht bis zum geltenden Renteneintrittsalter ausüben zu können. **Setzen Sie sich dafür ein, dass das Rentenalter nicht zulasten von Frauen angehoben wird!**

5 Kürzungen beim Wohngeld verhindern

Massive Einsparungen beim Wohngeld würden dazu führen, dass rund 400.000 Haushalte ihren Anspruch auf Wohngeld vollständig verlieren werden. Frauen verfügen im Durchschnitt über geringere Einkommen und Renten. Steigende Wohnkosten treffen Frauen deshalb überproportional, besonders Alleinerziehende und alleinlebende ältere Frauen. Wer beim Wohngeld kürzt, verschärft bestehende Armutsrisiken. **Nutzen Sie Ihr Mandat als Abgeordneter und korrigieren Sie das Sparvorhaben!**

6 Schlechtere Bezahlung für Pflegeberufe abwenden

Wer Pflegeberufe attraktiver machen will, darf die tarifliche Vergütung nicht schwächen. Tariflöhne in der Pflege sollen künftig von den Krankenkassen nicht mehr vollständig refinanziert werden – bei Pflegekassen soll die Tariflohnlohnspflicht von 2027 bis Ende 2030 ausgesetzt werden. Das bedeutet, dass Tarifsteigerungen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen – mindestens phasenweise – nicht mehr in vollem Umfang erstattet würden. Damit gerät eine Branche unter Druck, in der überwiegend Frauen beschäftigt sind. Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen. **Setzen Sie sich für eine verlässliche und vollständige Refinanzierung tariflicher Vergütung ein!**

7 Einschnitte bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung verhindern

Es sind weitreichende Einsparungen in der Kinder- und Jugendhilfe geplant, u.a. sollen Einzelfallhilfen für Kinder mit Behinderungen im Schulalltag deutlich eingeschränkt werden. Künftig soll die Kita- und Schulassistenz vorrangig in Gruppenform erfolgen. Werden notwendige Unterstützungsleistungen eingeschränkt, verlagert sich die entstehende Mehrbelastung in die Familien und damit vor allem auf Frauen. **Nutzen Sie Ihr Mandat und setzen Sie sich gegen Sparvorhaben bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ein!**

Wer soziale Sicherheit abbaut und zugleich Ungleichheiten verschärft, untergräbt das Vertrauen in einen Staat, der für sozialen Ausgleich und verlässliche Rahmenbedingungen sorgen muss. Das schafft Unsicherheit und schwächt unsere Demokratie. Als größter frauenpolitischer Dachverband in Deutschland lassen wir uns das nicht gefallen.

Wir fordern: Diese Kürzungen müssen vom Tisch!